

## 6. Datenschutz abgeschafft

Auch der Schutz persönlicher Daten ist künftig beim Transfer zwischen den Staaten gefährdet. Nationale Datenschutzregelungen, aber auch die geplante Datenschutzgrundverordnung der EU, würden ausgehebelt, wenn TISA so beschlossen wird. Daten aus allen Bereichen von Kommunikationsanbietern sollen möglichst ungehindert zwischen Ländern ausgetauscht werden. Ein besonderes Interesse daran haben Versicherungen, Banken, Unternehmen und Geheimdienste.

## 7. Gesundheit wird zur Ware



Die Lobbyisten wittern die größten Gewinne in der weiteren Kommerzialisierung des Gesundheitssystems. Für multinationale Konzerne ist das Gesundheitswesen eine Goldgrube, die kommerziell auszuschlachten ist.

TISA soll den Weg für einen „Gesundheitstourismus“ zwischen den Staaten ebnen.

Für Hüft-OPs oder Kniegelenke sollen Menschen dann in Länder reisen, wo es diese billiger gibt. Zahlen sollen dies weiterhin die Krankenkassen des Heimatlandes. Gesundheitsdienstleistungen sollen welt-weit zur Ware werden – zum Nutzen der großen Gesundheits- und Versicherungsunternehmen in Höhe von jährlich 6 Billionen US-Dollar – so hoch sind die BIP-Ausgaben für das Gesundheitswesen der 51 Länder, die über TISA verhandeln.

**Deshalb:  
STOPPT TISA!**



mehr Infos unter: [www.world-psi.org](http://www.world-psi.org)

## Unsere Alternative: öffentlich ist wesentlich!

Die marktradikale und neoliberale Ideologie der Privatisierung hat in den letzten 30 Jahren zu einer weitreichenden Entstaatlichung und damit zu einer Schwächung öffentlicher Dienstleistungen geführt. Dieser Entsolidarisierung in der Gesellschaft haben unsere ver.di-Alternative „öffentlich ist wesentlich – für eine demokratische und soziale Gesellschaft sowie für gute Arbeit“ entgegengesetzt. Die weitere Privatisierung öffentlichen Eigentums muss gestoppt werden, privatisierte oder ausgelagerte Einrichtungen und Unternehmen müssen wieder in öffentliche Hände überführt werden.

Deshalb spricht sich ver.di ohne Einschränkungen gegen den Abschluss des Handelsabkommens mit Dienstleistungen in TISA aus. Der Schutz und Ausbau öffentlicher Dienstleistungen ist uns wichtiger als eine weitere Privatisierungsoffensive. Wichtige Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, wie z.B. Bildung, Gesundheit, Wasser, Verkehr oder Energie, dürfen nicht privatisiert werden. Sie müssen für alle zugänglich sein und hohen qualitativen, sozialen und umweltpolitischen Standards genügen.

Die weltweite drohende Welle von Privatisierungen öffentlicher Dienste führt zu einem Verlust gesellschaftlicher Steuerungsfunktion und damit zu einer ernsthaften Gefahr für unsere Demokratie. Von den derzeitigen Verhandlungen über die internationalen Handelsabkommen TTIP, CETA und TISA profitieren lediglich multinationale Konzerne und internationale Investmentunternehmen. Bestehende Standards im Arbeits-, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherrecht dürfen nicht Konzern- und Kapitalinteressen geopfert werden.



Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di  
Landesbezirk Niedersachsen-Bremen

Ulf Birch, Abt. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit / Politik und Planung  
Goseriede 10, 30159 Hannover, Tel. 0511 12 400-105, Fax 0511 12 400-10,  
Mail: [ulf.birch@verdi.de](mailto:ulf.birch@verdi.de), Internet: <https://niedersachsen-bremen.de>



## Alles muss raus!

**Das Handelsabkommen TISA  
und die falschen Freunde  
öffentlicher Dienstleistungen**

**ver.di sagt:  
„öffentlich ist wesentlich“**



Landesbezirk  
Niedersachsen-Bremen



## Konzernlobbyisten – die falschen Freunde öffentlicher Dienste

Das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen TISA ist das umfangreichste Handelsabkommen, das derzeit verhandelt wird. Während TTIP und CETA vor allem den Handel mit materiellen Gütern im europäischen Raum zum Inhalt haben, hat TISA die weltweite Liberalisierung und Privatisierung von Dienstleistungen zum Ziel. Diese bilden einen riesigen Markt in Europa. Ein Großteil der Wirtschaft und über zwei Drittel der Jobs sind diesem Bereich zuzuordnen.

Eine Gruppe aus 51 Ländern, die sich ironischerweise „Really Good Friends of Services“ nennen und mehr als zwei Drittel des globalen Handels mit Dienstleistungen repräsentieren, wollen TISA durchsetzen. Diese „wirklich guten Freunde“ sind die USA und die EU, Industriestaaten wie Japan und Südkorea, aber auch Schwellenländer wie Mexiko und Türkei. Vor allem die USA erwarten eine Steigerung ihrer Exporte von Dienstleistungen um 600 Mrd. Euro. Europäische Konzerne haben größere Anteile auf Märkten wie Australien, Hongkong, Taiwan oder Chile im Blick.

Die handelnden Akteure sind die entwickelten Länder und multinationale Dienstleistungskonzerne. Der Impuls für das Abkommen ging von den Lobbyisten transnationaler Konzerne aus. Im Juli 2013 konnten die „wirklich guten Freunde“ auch das EU-Parlament für sich gewinnen. Die Mehrheit äußerte sich in einem Entschliessungsantrag „erfreut über die Einleitung von Verhandlungen“.

Aus den Geheimverhandlungen zu TISA soll nichts an die Öffentlichkeit dringen. Die auf Wikileaks.org veröffentlichten Verhandlungsdokumente betreffen internationale Finanzdienstleistungen, Postdienste, das Gesundheitswesen, E-Commerce, maritime Dienstleistungen, Telekommunikationsdienste, Netzneutralität, Datenschutz und Arbeitsmigration.

## Sieben Gründe gegen TISA

### 1. Top secret! Geheimer als geheim!

TISA wird seit April 2013 geheim hinter verschlossenen Türen in Genf verhandelt. Die Absicht, Teile des amerikanischen Verhandlungsdokumentes auch nach Abschluss bzw. Ende der Verhandlungen noch weitere fünf Jahre geheim zu halten, widerspricht allen demokratischen Prinzipien und ist nicht zu akzeptieren. Diese extreme Geheimhaltung dient allein dem Ziel, dass die Verhandlungsrunden ohne Rücksicht auf nationale Belange stattfinden können.

### 2. Markt geht vor Staat

Banken, Versicherungen, Medien und andere Unternehmen mit globaler Geschäftstätigkeit sollen in einem Umfeld mit marktorientierten und nicht vom Staat vorgegebenen Bedingungen handeln können. Somit würde es perspektivisch keine öffentlich erbrachten oder regulierten Dienstleistungen mehr geben, sondern ausschließlich die Prinzipien der Marktwirtschaft gelten. Frei nach dem Motto: Privat geht vor Staat!

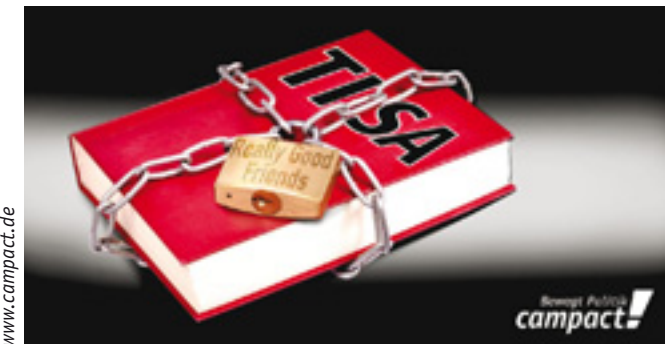
### 3. Alles muss raus!

Oberstes Ziel der TISA-Verhandlungen ist die Privatisierung in allen öffentlichen Bereichen. Das bedeutet Unterwerfung unter die Spielregeln eines Wettbewerbs, der durch keiner-

lei Sozial-, Gesundheits- oder Umweltgesetzgebung behindert werden darf. Weder das Arbeitsrecht, das die Gewinne schmälern könnte, noch das Vorsorgeprinzip, das Bilanzen belastet, oder Emissionsgrenzwerte für die Industrie sollen zukünftig für die Unternehmen noch gelten.

### 4. Einmal privat – immer privat

Mit einer sogenannten Stillstands-Klausel soll das heutige und jedes zukünftige Privatisierungsniveau festgeschrieben werden. Eine erfolgte Privatisierung darf dann nicht mehr rückgängig gemacht werden, d.h. einmal privat – immer privat. Solche Klauseln machen es unmöglich, Dienstleistungen wieder zu rekommunalisieren. Dies würde z.B. auch auf die Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft in Bremen zutreffen. Stillstandsklauseln wären also eine Enteignung der Allgemeinheit zum Wohle der Konzerne.



### 5. Demokratie adé

Das TISA-Abkommen wird die Entscheidungshoheit von Regierungen einschränken und auf diese Weise verhindern, dass strengere Normen im öffentlichen Interesse durchgesetzt werden. Betroffen wären z.B. Umweltschutzgesetze, die Lizenzierung von Gesundheitseinrichtungen und Laboren, Abfallentsorgungsanlagen, Kraftwerken und Schulen, die Akkreditierung von Universitäten sowie die Vergabe von Rundfunklizenzen. Das TISA-Abkommen würde auch die Möglichkeiten von Staaten beeinträchtigen, wichtige Sektoren zu regulieren, wie z.B. Finanzen, Energie, Telekommunikation und grenzüberschreitende Datenströme. Unsere Demokratie wäre bedroht.

